№ 74
A 38
Morgen-Ausgabe

Berlin

Freitag 13. Februar 1925
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau"

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark. mm-Zeile 25 Pfg., Familien-Anzeigen 20 Pfg. Stellengesuche und -angebote mm-Zeile 15 Pfg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Fahnen auf Halbmast!

Die Bergung der 129 von Zeche Stein.

Auf der Unglücksstätte.

Von unserem Sonderberichterstatter.

wd **Dortmund**, 12. Februar.

Halbmast weht die schwarze Flagge auf der Zeche „Minister Stein", der Stätte des furchtbaren Unglücks, das 129 braven Bergleuten den Berufstod gebracht hat. Halbmast haben die Gebäude von Dortmund geflaggt.

Das Bild der Unglücksstätte erinnert an einen verlassenen Kampfplatz, an ein Feldlazarett im Kriege. Autos mit Mannschaften der Sanitätskolonne, mit Polizeikommandos fahren in unaufhörlichem Wechsel an und ab, dazu Wagen der Behörden und Zechen, eingesäumt auf den Straßen von den langen Zügen der erregten Bevölkerung. Feuerwehrleute, Rettungsmannschaften mit Sauerstoffapparaten, Steiger und Bergknappen in Arbeitstracht drängen sich. Geschwärzte Gesichter, auf denen sich das Entsetzen ausdrückt über die Dinge, die sie da unten gesehen haben. Will man sich wundern, wenn sie vermeinen, alle irgendwie ihr eigenes Schicksal gesehen zu haben?

Unaufhörlich rollt der Förderkorb zur Tiefe, und dann mit grausiger Last beladen wieder herauf. In den Förderwagen liegen statt Kohle die Leichname der Verunglückten. Ein grauenvoller Anblick vollends in der Waschkaue, in der die Leichen aufgebahrt werden. Da liegen sie nun, jetzt schon fast hundert an der Zahl, schnell auf Stroh in Rauch und Glut hingebettet, geschwärzt noch von der Arbeit und verkrampft, wie sie das Unglück überfallen hat. Keine Brandwunden, keine Verletzungen; der Tod ist ihnen sah in den Hals gefahren und hat sie erstickt. Den Angehörigen ist vorläufig noch der Zutritt verwehrt.

Die Sanitätskolonne bemüht sich, die Leichen von dem ihnen anhaftenden Kohlenstaub zu reinigen. Es besteht keine Hoffnung mehr, die noch ungeborgenen Opfer lebend aufzufinden. Die Angehörigen können über das Schicksal ihrer Lieben leider nicht mehr im Unklaren sein. Nur zu verständlich ist, daß alle möglichen Gerüchte umherschwirren, die irgendwie einen Schuldigen finden wollen, um der Erregung Luft zu machen. Wird man einen Schuldigen finden? Es bleibt immer wieder die unwiderstehliche Naturgewalt, die hier ihre Opfer fordert.

Nachdem alsbald nach dem Unglück Bergbauptmann Overthun auf der Unglückszeche angekommen war, erschienen auch die Geistlichen beider Konfessionen, um Trost zu spenden. Die Dortmunder freiwillige Sanitätskolonne war ebenfalls in Kürze am Schacht, um des traurigen Amtes zu walten, die zutage gekommenen toten Knappen aus dem Förderwagen zu heben und auf Tragen zu legen. Ein großer Teil der Verunglückten ist verheiratet. Aus manchen Familien befinden sich Vater und Sohn oder mehrere Brüder unter den Toten. Der größte Teil der bisher geborgenen Toten ist auf eiligst Flucht von den giftigen Schwaden erreicht und zur Strecke gebracht worden.

Bisher, abends 8 Uhr, waren 115 Tote geborgen. Die Bergungsarbeiten werden unermüdlich fortgesetzt. Die acht Verletzten befinden sich im Krankenhaus. Ueber ihr Befinden läßt sich bei der Art der Verletzung, Gasvergiftung, nichts Bestimmtes sagen.

Reichskanzler Dr. Luther wird heute gegen Mitternacht hier eintreffen und sich sofort mit Oberbürgermeister Dr. Eichhoff und anderen Persönlichkeiten zur Zeche „Minister Stein" begeben, um dort mit der Verwaltung der Zeche und mit dem Oberbergamt die zu ergreifenden Maßnahmen zu besprechen. Der Kanzler wird Dortmund morgen wieder verlassen.

*

Ueber die Ursachen der Explosion sagt ein gestern vom Oberbergamt Dortmund ausgegebener amtlicher Bericht: Die Explosion entstand im Südostfelde der Schachtanlage III und hat zwei Bauabteilungen in Mitleidenschaft gezogen. Es werden hier vier Flöze der mittleren Fettkohlenpartie gebaut, drei weitere Flöze stehen in Vorrichtung. Der Explosionsherd selbst und die Ursache der Explosion konnten bisher nicht festgestellt werden, da die Baue wegen des Vorhandenseins zahlreicher Brüche noch nicht befahren werden konnten. Die Gerüchte, die über die Explosionsursachen im Umlauf sind, entbehren zumeist der Begründung. Zurzeit kann nur so viel festgestellt werden, daß Kohlenstaub bei der Explosion mitgewirkt hat.

Die Sicherung der durch die Explosion betroffenen Baue gegen den Gesteinstaub war beabsichtigt, aber noch nicht vollkommen durchgeführt. Die vorgeschriebenen Berieselungseinrichtungen waren vorhanden, die einzelnen Abteilungen waren außerdem teilweise durch Gesteinstaub-Hauptsperren gesichert.

Das Beileid des Reichspräsidenten.

Die erste Spende.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß des großen Grubenunglücks bei Dortmund an den Oberbergbauptmann in Dortmund folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Die Nachricht von dem schweren Unglück auf der Zeche „Minister Stein" hat mich tief erschüttert. Ich bitte Sie, den Hinterbliebenen der an ihrer Arbeitsstätte getöteten Bergleute die Versicherung meiner herzlichen Anteilnahme auszusprechen und auch der Direktion des Gelsenkirchener Bergwerksvereins sowie den Bergarbeiter-Verbänden mein Beileid zu übermitteln. Als Beitrag zur Verhinderung von Notständen in den betroffenen Bergarbeiterfamilien habe ich Ihnen aus meinem Dispositionsfonds den Betrag von 50 000 Mark überwiesen."

Außer dem Schreiben des Reichspräsidenten sind dem Oberbürgermeister von Dortmund herzliche Beileidstelegramme vom Innenminister Severing, dem Staatspräsidenten von Baden, dem Eisenbahndirektionspräsidenten von Essen und den Oberbürgermeistern der Städte Bochum, Essen, Herne, Darmstadt und dem Regierungspräsidenten von Arnsberg zugegangen.

*

Der Reichstag hat die Abg. Imbusch (Ztr.), Jauschek (Soz.), Ziegler (Dem.) und Dr. Haedenkamp (Dnat.) als Vertreter bestimmt, die zusammen mit der ständigen Sicherheitskommission des preußischen Landtags und mit dem Betriebsrate der Zeche „Minister Stein" an der Untersuchung des Unglücks teilnehmen sollen.

Die Sozialisten für Herriot.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 12. Februar.

Der sozialistische Parteitag in Grenoble nahm heute nachmittag einstimmig eine Entschließung an, welche die Weiterunterstützung des Kabinetts Herriot billigte, und eingehend die Stellungnahme der Partei begründete. Die Billigung wurde mit 265 gegen 137 Stimmen ausgesprochen. Gegen die Billigung stimmten die äußerste Linke der Partei mit ihrem Führer Brack.

Der Parteitag genehmigte weiter einstimmig eine Entschließung für die Gemeindewahl 1925, für welche die gleiche Taktik wie bisher, d. h. je nach der lokalen Lage, das Zusammengehen mit den Radikalen oder ihre Bekämpfung empfohlen wurde.

Die Entschließung über die Unterstützung des Kabinetts Herriot ist ein umfangreiches Dokument, dessen Darlegungen hauptsächlich für die sozialistischen Wähler bestimmt sind. Durch diese Entschließung wird die Kammerfraktion beauftragt, die bisherige Unterstützungspolitik fortzusetzen, weil andernfalls ein politischer Umschwung eintreten müßte, welcher Enttäuschungen im Lande verursachen würde. Die Partei betont aber, daß die Unterstützung aufzuhören hätte, „falls zwischen Regierung und Partei Meinungsverschiedenheiten eintreten in den Fragen des Friedens und der internationalen Ordnung oder in den wichtigen innerpolitischen Fragen, wie Finanzsanierung, Bekämpfung der Teuerung, Reorganisation des Militärdienstes, Sozialversicherung". Die Fraktion erhält ferner Weisung, zwar niemals bei Abstimmungen die Parteidoktrin zu opfern, aber auch niemals durch ihre Stellungnahme in kritischen Fällen etwaigen Manövern der politischen Gegner Vorschub zu leisten. Es soll ihr überlassen bleiben, die Frage ihrer Haltung bei Abstimmungen von Fall zu Fall zu entscheiden. Als Ziel der Parteipolitik wird Verhinderung der Rückkehr des nationalen Blocks zur Macht bezeichnet.

„Berlin" und „die Provinz".

Bei seiner Begrüßungsansprache für den Reichskanzler hat Herr Bazille in Stuttgart es nicht unterlassen können, auf die Abneigung der Provinz gegen Berlin zu sprechen zu kommen. Man mag über den Takt, den der deutschnationale Führer bei dieser Gelegenheit entwickelt hat, denken, wie man will: Tatsache ist, daß die Reichshauptstadt sich nicht nur in Bayern, sondern auch sonst im Lande draußen nicht des besten Rufes erfreut, und es lohnt schon einen Augenblick der Ueberlegung, welches denn eigentlich die wahren Gründe dieser Abneigung gegen „Berlin" sind.

Das Ressentiment gegen Berlin hat unzweifelhaft die allerverschiedensten Wurzeln. Einmal schwingt in ihm das allgemeine Mißtrauen des „Landes", unter welchem Begriff hier Kleinstadt und Dorf zusammengefaßt werden sollen, gegen die Großstadt mit all ihren vielfältigen Zivilisationserscheinungen mit, die selbstverständlich in der größten Stadt des Landes, in der einzigen Weltstadt des Reiches, am deutlichsten in die Erscheinung treten. Dann aber hat man im Lande draußen oft nicht das richtige Verständnis für die Tatsache, daß die deutsche Gesamtpolitik unter ganz anderen Gesichtspunkten, mit ganz anderen Ungleichungen an die Ideengänge der großen Weltpolitik betrieben werden muß, als es in der Politik der Länder vernünftig und richtig wäre.

Es soll in diesen Betrachtungen wahrhaftig keine Polemik gegen die „Provinz" getrieben, noch eine einseitige Ehrenrettung Berlins vorgenommen werden. Aber es muß doch einmal klar ausgesprochen werden, daß Berlin die ständige Verunglimpfung seines guten Namens und seiner tüchtigen Bevölkerung durch das Land draußen ebenso peinlich empfindet, wie es dem Land umgekehrt ist, wenn der zumeist nicht in Berlin geborene „Berliner" mit einem hochmütigen Achselzucken von der „Provinz" spricht. Man muß sich schließlich darüber klar sein, daß es zu den größten deutschen Nationallastern gehört, aus Verärgerung die repräsentativen Männer und Einrichtungen des eigenen Gesamtlandes herabzusetzen. Schließlich ist es doch so, daß Berlin die Reichshauptstadt ist und es zeigt sich eigentlich nirgends der ernsthafte Wille, etwa eine andere Stadt mit der Repräsentation des Reiches nach außen und innen zu betrauen. Es ist in dieser Frage wie in dem leeren Streit über die Staatsform: die Opposition hat keinen eindeutigen Präsidenten und weiß ganz genau, daß die Einheit des Reiches durch ein Wiederaufleben der Monarchie aufs Schwerste gefährdet wird; trotzdem ist man „traurig monarchistisch" und vergißt aus Verärgerung die Realitäten nicht nur, sondern die Achtung, die man dem Schicksal des Vaterlandes als Ganzem schuldet.

Es ist eigentlich ein sonderbarer Schluß, auf den sich die Abneigung gegen Berlin aufbaut. Man argumentiert so: in Berlin wird „schlechte Politik" gemacht, werden üble Geschäfte getätigt, blühen alle Laster der Großstadt. Dabei vergißt man einmal, daß Berlin mit seinen vier Millionen Menschen immerhin mehr als viermal so groß ist, als die nächstgrößte deutsche Stadt, daß also die Anhäufung menschlicher Leidenschaften hier beträchtlich größer sein muß als an anderen Orten. Man vergißt auch, daß jedes Geschehnis in Berlin unter bengalischer Beleuchtung steht und selbst in den kleinsten Provinzblättern Beachtung findet. Dies gilt insbesondere von allen politischen Aktionen, wie von aller Verbrechen. Man vergißt ferner, daß ja schließlich auch in anderen deutschen Großstädten, in Landeshauptstädten, in Provinzialhauptstädten, ja sogar in Kleinstädten und Dörfern sich allerhand begibt, das auch nicht restlos erfreulich ist, ohne daß es immer sofort an die große Glocke gehängt wird und eine mehr als lokale Bedeutung gewinnt. Man vergißt schließlich, daß manche Erscheinung des weltstädtischen Lebens zu einem guten Teil darauf aufgebaut ist, daß Berlin die Hauptfremdenstadt ist und daß sehr viele Einrichtungen, darunter manche der unerfreulichsten, nicht für den Berliner, sondern für den Fremden und zwar nach dessen Bedürfnissen zugeschnitten sind.

Ein Gegensatz freilich bleibt bestehen, weil er in der Sache begründet ist. Berlin hat unzweifelhaft eben durch seine Stellung als Weltstadt und Reichshauptstadt die Neigung, sich den allgemeinen zivilisatorischen Tendenzen, welche West-europa und Amerika beherrschen, in einem stärkeren Maße anzupassen, als das Land draußen es nötig hat. Infolgedessen werden, und Ansätze dazu sind durchaus sichtbar, die Stammeskulturen einen stärkeren Aufschwung erleben müssen, damit nicht eine allgemeine Abplattung des deutschen Niveaus stattfindet. Der einsichtige Berliner kennt die Gefahren des zivilisatorischen Daseins sehr genau. Er weiß sehr gut, daß die Regeneration der hauptstädtischen Kräfte immer aus der Provinz kommt und kommen muß. Er hat daher eine sehr starke Neigung, Stammeskulturen, wo sie wirklich vorhanden sind, vor allem also in Mittel-, West- und Süddeutschland eher zu überschätzen als zu unterschätzen. Nur eines glaubt er, dank der tausendfältigen Einflüsse des allgemein europäischen Lebens auf die Atmosphäre der Reichshauptstadt, intensiver spüren, schneller beurteilen, rascher in